

AUS DEM INHALT

GESELLSCHAFT
 Inspirierender Weltuntergangs-Mythos 4

KULTUR
 Gespräch mit Zirkusakrobatin Isabelle Chassé 5

WIRTSCHAFT
 Probleme mit dem Abfall 6

PRAG(ER)LEBEN
 Alternatives Kino beim „Fresh Film Fest“ 12
 Neuer Kulturführer: Prag für Fortgeschrittene 14

PULVERTURM

Nacht-Autobahnen

Das Verkehrsministerium will das tschechische Autobahnnetz um 300 Kilometer erweitern. Dafür lässt es einfach grüne Schilder mit der Aufschrift „Dálnice“ („Autobahn“) an Schnellstraßen der 1. Kategorie anbringen. Und zwar in der Nacht zum 1. Januar 2013.

Ein genialer Einfall der Ministerialbürokratie. Auf diese Weise erspart sich das Land die überaus hohen Kosten, die üblicherweise beim Autobahnbau entstehen. Und noch mehr einen neuen Korruptionsskandal, der in Tschechien gerne mit solchen Projekten verbunden wird.

Außerdem respektieren die Beamten endlich mal einen Wunsch von vielen Autofahrern. Sie wollen, dass Straßen über Nacht ausgebaut werden, wenn nicht so viel Verkehr herrscht. Dafür dürfen diese neuen Autobahnen künftig nur nachts befahren werden, damit sich nicht mehr so viele Unfälle in Tschechien ereignen.

Da Beamte über den Jahreswechsel im Urlaub sind, müssen Autofahrer selbst die Schilder an den Schnellstraßen montieren. In Frage kommen vor allem Fahrer, die zuletzt besonders viele Strafgebühren zahlen mussten. Als reuige Sünder, die damit Buße tun, bekommen sie einen Teil ihrer Strafen zurückerstattet.

Selbstverständlich wird Tschechien der Welt nicht mitteilen, wo genau die 300 zusätzlichen Autobahnkilometer liegen. Dafür werden dort die Polizeistreifen vervierfacht. Sie sollen Autofahrern auflauern, die noch nicht die neue Mautpflicht erkannt haben und deshalb zur Kasse gebeten werden können.

Der Vignettenpreis richtet sich diesmal nicht nach dem Typ des Fahrzeugs. Stattdessen müssen Pkw-Fahrer auf diesen Strecken eine Maut wie Lkws zahlen. Denn die Erfahrung lehrt: Wo viele hochrangige Straßen sind, wird viel mehr Auto gefahren. Daher müssen die neuen Autobahnen das Land ein Stück weit aus der derzeitigen Rezession führen. (khan)



Waldbrand im US-Bundesstaat Florida im Frühjahr 2011

Foto: čtk/AP Photo/Florida Today, Craig Rubadoux

Der Kampf um Grün

Zwietracht zwischen Umweltorganisationen und Regierung

VON LISA BÖTTINGER

Seit dem 22. August 2012 lebt die Welt auf Pump. Keine Neuheit, wäre damit die Euro- und Schuldenkrise gemeint, die die globale Medienberichterstattung seit Jahren dominiert. In einer Pressemitteilung des World Wide Fund for Nature (WWF) vergangene Woche ging es jedoch nicht um Kredite und geplante Immobilienblasen, sondern um Nahrung, Landwirtschaft und unsere Biosphäre, die an diesem Tag ans Limit stießen: Der „Welterschöpfungstag“ markiert jedes Jahr – und jedes Jahr etwas früher – den Zeitpunkt, an dem alle natürlichen Ressourcen des laufenden Jahres aufgebraucht sind. Dazu zählen der Verbrauch von Holz, Früchten, Fischen und

die Fähigkeit der Biosphäre, CO₂ aufzunehmen.

Ein Aufschrei in den Reihen der Umweltpolitiker? Fehlangezeigt! „Der Mehrheit unserer derzeitigen Politiker ist Umweltschutz lästig – sie nehmen ihn als Bremse der wirtschaftlichen Entwicklung wahr“, erklärt Čestmír Hrdinka, Direktor von Greenpeace Tschechien, im Interview mit der „Prager Zeitung“ (siehe Seite 3).

Ein Blick auf tschechische Verfahren in puncto Umweltschutz gibt dem ehemaligen Ministerialbeamten recht: Mitte August legte Staatspräsident Václav Klaus sein Veto gegen eine europäische Gesetzesinitiative ein, der zufolge Baufirmen die Energieeffizienz von Häusern mit einem Energieausweis offen dar-

legen müssen. Damit sollte die Abhängigkeit von Kohle, Erdöl und Gas zurückgeschraubt und erste Schritte hin zu Häusern mit nahezu „Nullverbrauch“ eingeleitet werden. Solche Gebäude, deren Energieversorgung dank erneuerbarer Ressourcen 80 bis 90 Prozent der Heiz- und Stromkosten einsparen, die Bauherren aber nur maximal 10 Prozent teurer zu stehen kommen, gibt es in Österreich bereits zu Tausenden. Die knapp hundert Häuser solcher Art in Tschechien sollen vorerst die einzigen bleiben, befürchtet die Umweltorganisation „Hnutí DUHA“ („Bewegung Regenbogen“). „Nur Kohle-Barone und russische Gazprom-Bosse können hinter diesem Veto stehen“, schätzt die Nichtregierungsorganisation (NGO) die

Ursache der Entscheidung ein. Sie steht mit diesem Vorwurf nicht alleine da.

Falsche Versprechen

„Abgeordnete bewilligen Gesetz zum Schutz der Atmosphäre“, rühmten sich die regierenden Bürgerdemokraten (ODS) Anfang Mai auf ihrer Internetseite. Der Vorschlag, den der Senat zunächst an die untere Parlamentskammer zurückgewiesen hatte, „bestärkt die Motivation derer, die Emissionen stärker einschränken als es die Norm vorsieht.“ Was die Bürgerdemokraten als Durchbruch verkaufen wollen, können grüne NGOs nur als Farce bezeichnen. „Den größten Applaus zu dem Gesetz spendete man sicherlich in der Zentrale von ČEZ“, spottet Blogger

Jan Freidinger, der seit 2006 im Bereich der europäischen Energiepolitik für Greenpeace tätig ist. Der halbstaatliche Energiekonzern muss laut der aktuellen Gesetzesversion keinen Heller für Tschechiens größten CO₂-Produzenten, das Braunkohlekraftwerk in Prunéřov, berappen.

Versagen wirft Jan Piňos, Pressesprecher von „Hnutí DUHA“, der ODS auch beim Schutz des Nationalparks Böhmerwald (Šumava) vor. „Diese Natur zu retten gehört zu den größten Kämpfen tschechischer NGOs – denn sie wird ständig von Fehlentscheidungen der ODS, der Nutzholz-Lobby und dem miserablen Parkmanagement gefährdet“, so Piňos.

Fortsetzung auf Seite 3

Gefährlicher Erfolg

Jahresbericht 2011 vorgestellt: Geheimdienst stellt zunehmenden Extremismus fest – grenzübergreifende Aktivität nimmt zu

Rechtsextreme in Tschechien haben ihre Aktivitäten im vergangenen Jahr wieder stärker aufgenommen und treten zunehmend mit Partnern in Polen und Deutschland in Kontakt. Das ist eines der Ergebnisse des jährlich veröffentlichten Berichtes des nationalen Sicherheitsinformationsdienstes (Bezpečnostní informační služba, BIS). Eine erschreckende Nachricht für Polizei und anti-extremistische Bürgerinitiativen – gerade weil die Aktionen rechtsextremer Gruppierungen in den vergangenen Jahren merklich abnahmen.

Wasser auf die Mühlen der Rechten lieferte dabei vor allem der anhaltende Konflikt mit Angehörigen der Roma-Minderheit im Schluckenauer Zipfel, bei dem

sich auch Anwohner der Gegend auf die Seite der Extremisten gestellt hatten. Die Regierung zeigte hier wenig vermittelnden Einsatz zwischen den Konfliktparteien – ein Unvermögen, das nach Erkenntnissen des Geheimdienstes auch mehr Linksradikale zu extremistischem Handeln bewegte: Linksextremismus habe nur gemäßigt zugenommen, als Grund dafür sei jedoch eindeutig die Frustration vieler Bürger über die politische und ökonomische Situation des Landes auszumachen.

Rechte Kultur im Fokus

Auffallend im Vergleich zu vergangenen Jahren sei der Zuwachs von Großereignissen wie Konzerten und Kundgebungen

mit rechtsextremistischem Hintergrund. Einige der Aktionen seien dabei in das grenznahe Ausland verlegt worden, vor allem nach Polen, wie in dem Bericht festgestellt wird. Auch nach Deutschland senden die hiesigen Rechten Signale aus: Die Arbeiterpartei der sozialen Gerechtigkeit (Dělnická strana sociální spravedlnosti, DSSS) und ihre Jugendorganisation, die Arbeiterjugend (Dělnická mládež), sollen vermehrt den Kontakt über die Grenze gesucht haben, insbesondere durch Einladungen zu rechten Konzerten und Veranstaltungen. Die DSSS ist hierzulande laut dem Sicherheitsbericht die markanteste offizielle Vereinigung, die rechtes Gedankengut vertritt.

Trotz einiger Probleme mit ihrer Öffentlichkeitswirkung hatte sie vor allem mit der Diskussion über „sozial unangepasste Bürger“ Aufmerksamkeit erheischt – andere Parteihalte blieben weitestgehend ungehört, so die Analysten des BIS.

Einheitliches Merkmal des linken wie rechten Extremismus sei jedoch die Koexistenz zersplitterter Gruppierungen. „Eine Art nationalen Widerstand in Form einer homogenen Organisation gibt es de facto nicht mehr, es engagieren sich einige kleine Gruppierungen, die sich teilweise auch auflösen“, so der Sicherheitsbericht. Einen Mitgliederzuwachs solcher Organisationen konnte der BIS im vergangenen Jahr nicht feststellen. (lb/čtk)

Redaktion und Verlag, Prager Zeitung, Jeseniňova 51, 130 00 Praha 3, Tel./Fax: +420 222 250 125
 Abonnement: abo@pragerzeitung.cz, weitere Angaben im Impressum Seite 2



ANZEIGE

Tschechisch als Fremdsprache

Das Sprachzentrum CZ Lingua ist Spezialist für Tschechisch-Unterricht in Prag

- Anfänger bis Fortgeschrittene, Einzel- und Gruppenunterricht
- An Ihrem Arbeitsplatz, bei Ihnen zu Hause oder bei uns (Prag 6, Nähe Metro Dejvická)
- Ganzjährig, jeden Monat neue Kurse
- Neue Termine ab 10. September 2012

CZ LINGUA
 www.czlingua.cz | info@czlingua.cz

Prager Zeitung als ePaper

Sind Sie Abonnent unserer Print-Version? Als kleines Dankeschön bieten wir Ihnen zum Aufschlag von 10 EUR (300 CZK) die ePaper-Version zusätzlich.

WECHSELKURSE
 in Kronen, Stand 28. August 2012

EUR	24,83	USD	19,78
CHF	20,67	GBP	31,24